

am Gesamtaufkommen der deutschen Agrarprodukte einen Anteil von 9,8% (1938/39), 7,5% (1939/40), 8% (1940/41), 10% (1941/42), 14,8% (1942/43) und 12,9% (1943/44) – Zahlen, die sich allein auf die ins Reich gelangten Lieferungen beziehen und nicht in Rechnung stellen, daß sich die Wehrmacht außerhalb der Reichsgrenzen „weit über das offizielle Abgabesoll der okkupierten Gebiete hinaus mit Nahrungsmitteln eindeckte“ (Volkman).<sup>15</sup> Daß dahinter auch eine nach ideologischen Gesichtspunkten abgestufte Politik des „organisierten Hungers“ in den besetzten Gebieten stand, war zwar der Eindruck der Völker in den besetzten Ländern, wurde von deutscher Seite jedoch vor allem nach 1945 kaum mehr in Rechnung gestellt.<sup>16</sup>

Der hohe Gesamtgewinn, den Deutschland aus den besetzten Gebieten zog und den Milward allein für Frankreich während der Kriegsjahre auf etwa ein Viertel des deutschen Bruttosozialproduktes von 1938 schätzt,<sup>17</sup> war aus der Nachkriegsperspektive gesehen jedoch eine Art Zeitbombe: Der Beitrag der besetzten Gebiete und insbesondere Frankreichs zur deutschen Kriegswirtschaft erreichte zwar vor allem im Lebensmittelsektor nicht das von nationalsozialistischer Seite erhoffte Ausmaß; aber er verstärkte gewissermaßen indirekt das deutsche Versorgungsdefizit, als diese Länder nach dem deutschen Zusammenbruch solche Güter nun für den eigenen Wiederaufbau einsetzten und zu Osteuropa die Verbindungen ohnehin abrissen. Die Unterversorgung der Bevölkerung als eine der Entstehungsbedingungen für die parallelen Märkte war durch die deutsche Außenhandelspolitik während des Krieges, soweit Lebensmittel und Konsumgüter betroffen waren, damit teilweise bereits programmiert.

Noch deutlicher als im Außenhandel sind beim gegenwärtigen Forschungsstand die Folgen nationalsozialistischer Wirtschafts- und Finanzpolitik im Innern zu fassen: das Geflecht aus Aufrüstung, Bewirtschaftungssystem, Preis- und Lohnstop, Kriegsfinanzierung, zurückgestauter Inflation und Konsumreduzierung, das den Ausgangspunkt für die Entstehung der parallelen Märkte in der Nachkriegszeit bildete.

Die mit den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen des Papen-Programms im Sommer 1932 in der Folge der Weltwirtschaftskrise eingeleitete, ab 1933 forcierte staatliche Arbeitsbeschaffungspolitik war fast ausschließlich mittels staatlicher Buchgeldschöpfung ohne Rücksicht auf die öffentlichen Haushalte finanziert worden.<sup>18</sup> Die damit einhergehenden Inflationstendenzen wurden anfänglich noch durch den

<sup>15</sup> Ebd., S. 62 u. 64.

<sup>16</sup> Vgl. dazu v. a. die erstmals 1949 erschienene, später neu bearbeitete Übersicht von DE CASTRO, Geopolitik, S. 327 ff.

<sup>17</sup> MILWARD, Der Zweite Weltkrieg, S. 144. Zu den finanziellen Leistungen der besetzten Gebiete vgl. unten Anm. 35. u. 38.

<sup>18</sup> Siehe bes. MARCON, mit umfangreichem statistischem Material; PETZINA, Hauptprobleme; GROTKOPP, Die große Krise. Zur wieder auflebenden Diskussion um mögliche Alternativen zur deutschen Wirtschaftspolitik vor der Machtergreifung; Knut BORCHARDT, Zwangslagen und Handlungsspielräume in der großen Weltwirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre: Zur Revision des überlieferten Geschichtsbildes, in: DERS. Wachstum, S. 165–182, sowie in Auseinandersetzung damit HOLTFRERICH, Alternativen. Aus wirtschaftswissenschaftlicher